

Berliner Tageblatt



Nr. 206

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Wirkung der deutschen Note im Auslande.

Die Zurückweisung des deutschen Angebots in Paris.

Über einstimmende Ablehnung in der Presse. — Vor der Entscheidung des heutigen Ministerrats unter Millerands Vorsitz. Telegramm unseres Korrespondenten Paul Block.

Paris, 3. Mai.

Der deutsche Vorschlag wird von den meisten Blättern als „vollständig unbrauchbar“ zurückgewiesen. Nur sehr wenige Blätter sprechen die Ansicht aus, daß trotz des „unzureichenden Inhalts“ und der „ungeklärten Form“ die Note als eine Grundlage zu Verhandlungen beachtet werden könne. Die Zeitung, die am ruhigsten urteilt, ist die „Revue“ von den deutschen Blättern am ehesten gerecht wird, ist das „L'Echo“, das am wenigsten Einfluß auf die französische Regierung und das Parlament hat: die „Humanité“. Diese Ablehnung war zu erwarten. Das abfällige Urteil über den deutschen Vorschlag durch die „Humanité“ ist ein wichtiger Beweis für die Haltung der Regierung Poincaré, die die Erwartungen hinaus und kann nur mit der Tendenz der französischen Politik übereinstimmen. Man kann nun wohl noch mehr daran zweifeln, daß die jetzige Regierung Frankreichs nicht verhandeln will, und daß Deutschland nur die Wahl hat zwischen einer Unterwerfung, die den Übergang bedeuten würde, oder der entschlossenen Fortsetzung des passiven Widerstandes bis zur Entscheidung zwischen Gewalt und Recht. Eine Zusammenfassung der in den heutigen Morgenblättern verzeichneten Urteile genügt, um diese Auffassung zu beweisen. Der „L'Echo“ urteilt selbst, daß die Note erst gestern (2. Mai) in der Öffentlichkeit bekannt wurde, da sie in deutscher Sprache verfaßt wurde und erst übersetzt werden mußte. Er ist sich über den Vorschlag als unannehmbar, bezeichnet, aber nicht als ein abschließendes Urteil bis zur Beendigung des heutigen Ministerrats vor, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik über die Note beraten und die Art der Beantwortung bestimmen wird.

In der Umgebung Poincarés ist man etwas reiferer Meinung. Die von einem Beamten des Quai d'Orsay gegebene Erklärung lautet: „Die deutsche Note ist unannehmbar. Sie geht auf die klare Verneinung des Vertrages von Versailles aus (1), will eine Diskussion unter Gleichberechtigten und erkennt das Verhältnis zum Sieger zum Besiegten nicht an. Die Aufgabe der Reparationskommission soll durch einen internationalen Organismus erfüllt werden. Die Note geht nicht, ob die bisherigen 30 Milliarden abgezogen werden sollen. (2) Das das nicht der Fall ist, geht aus dem deutschen Vorschlag mit ungewöhnlicher Klarheit hervor. (3) Red.) Von den Kosten für die Besatzungsarmee wird ebenfalls nicht gesprochen. (Es heißt ausdrücklich in der Note, es sei „im Interesse der Anwohnergebiete notwendig, daß Deutschland von den jetzt noch auf ihm lastenden unproduktiven Ausgaben befreit“ werde. (4) Red.) Garantien kritisiert nicht mehr. Alle Sicherheiten für die Zukunft sind dem Zufall überlassen. Bei der Behandlung der Pfändfrage zeigt die Reichsregierung, worauf es ihr hauptsächlich ankommt. Sie will die Aufhebung der Garantien und Sanktionen, die unsere einzige Sicherheit bilden. Das Reich will den passiven Widerstand nicht aufgeben und verlangt die baldige Räumung des Ruhrgebietes. Vielleicht werden die Neutralen sagen, es liege immerhin ein Angebot vor, das nicht wertlos sei. Für uns ist es völlig wertlos.“ Diese Worte bilden die Disposition für alle Betrachtungen der Presse. Der „Matin“ sagt, niemand habe sich vorstellen können, daß Deutschland sich über die wirkliche Lage so sehr täusche. Die moralischen Forderungen an den Sieger, die beinahe wie ein Ultimatum (5) klingen, machten an sich schon eine Diskussion unmöglich. Aber Deutschland biete auch keine materiellen Entschädigungen an, die irgendwie in Betracht kommen könnten. Sogar der Januarvorschlag sei wahrscheinlich besser gewesen, denn er enthielt bestimmte Garantien vor den deutschen Großindustriellen, die jetzt fehlen. Wenn Frankreich diesen Vorschlag auch nur eine Minute in Betracht ziehen wollte, würde das bereits Niederlage und vielleicht Ruin bedeuten. Der „Petit Parisien“ bemerkt hierzu: „Die Note bestätigt den ungünstigen Eindruck der vorbereitenden Andeutung.“ Das „Echo de Paris“ sagt, die Zukunft könne nicht zweifelhaft sein. Besonders heftig ist das „Journal“, das aus diesem „Klatschen und Schwindel“ die Konsequenzen ziehen will. Das „Echo National“ des Herrn Bardine sieht in dem deutschen Vorschlag eine „unverständliche Herausforderung“, die dem Ministerpräsidenten Poincaré zuzuschicken müsse, daß er ohne entschlossenen Willen nicht gewinnen könne. Deutschland zerreißt den Vertrag von Versailles, ohne daß die Regierung die Macht habe, sich energisch zu widersetzen! Der „L'Echo“ urteilt, der gestern zur Verfügung steht, findet heute in der „Victoire“, dieser „lächerlichen“ Vorschlag müsse mit einem vernünftigen Urteil, zum Teil mit den gleichen Worten, in allen Zeitungen, vom „Gaulois“, der den Vorschlag einen „Schwundel“ nennt, bis zur „Republique Française“, die mit Triumphschrei erklärt, jetzt

Der Eindruck in England.

Ungünstige Londoner Pressestimmen.

Schwache Hoffnung auf Verhandlungen. (Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 3. Mai.

Man kann nicht sagen, daß das deutsche Angebot eine befriedigende Aufnahme in England gefunden hat. Auch die nicht unfeindlich gesinnten Blätter tabeln vor allem den Ton der Note, der unbestimmt und un diplomatisch sei. Den angebotenen Betrag nennt man zwar unbefriedigend; immerhin scheinen die Blätter zu glauben, daß man finanziell auf dieser Basis verhandeln könne. Als große Schwierigkeit wird übereinstimmend die Frage des passiven Widerstandes bezeichnet. Darüber, ob man mit dieser Note weiter gekommen sei, sind die Ansichten geteilt. An eine Verhandlungsbereitschaft Frankreichs glaubt niemand. Als selbstverständlich muß vorweg genommen werden, daß die „Daily Mail“ und die „Morning Post“ nur von „deutschen Unerschämtheiten“ sprechen. Deutschland hätte anbieten können, was es wollte, und die Antwort dieser Blätter wäre nicht anders ausgefallen. Deshalb haben ihre heutigen Leitartikel als kritische Würdigungen der deutschen Note nur geringe Bedeutung. Schwermüdigkeit ist das Urteil der „Times“. Die „Times“ finden, man könne nicht überrascht sein, wenn dieses Angebot Frankreich nicht befriedige und es im Gegenteil mit noch mehr Mißtrauen erhalte. Das heißt, was Deutschland getan haben könnte, wäre die Aufgabe seines „sunlosen“ Widerstandes und das Eingehen in seiner Niederlage gewesen! Statt dessen ergreife sich die Note in einer unbrauchbaren Phrasologie, die die praktische Bedeutung des Angebotes ist nicht groß. Denn wer forme Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen Geld leihen? Tropfen würden Frankreich und Belgien nicht gut tun, das Angebot summarisch abzulehnen. Die angebotenen Beträge ständen in einem gewissen Verhältnis zu der von Bosserau vorgeschlagenen Summe. Die Note enthalte einzelne Punkte, von denen ein „sachlicher Schritt“ zur Regelung der Reparationsfrage zu erhoffen sei. Einmal müsse Deutschland doch zu Verhandlungen über die Reparationsfrage zugelassen werden, und je früher das geschehe, desto besser. Auch der „Daily Telegraph“ tabelt die ungeschickte Formulierung der Note. Man habe die deutsche Regierung aus alliierten Kreisen den Rat erteilt, die Frage des passiven Widerstandes überhaupt nicht anzuschneiden und sie höchstens in ganz verhöhlender Weise zu behandeln. Statt dessen habe Deutschland, das die öffentliche Meinung der Länder wieder einmal mißverstehe, durch die Behandlung des passiven

Widerstandes die Hoffnung auf Erneuerung der Verhandlungen zerstört und die schon an sich verzweifelte Lage noch schlechter gemacht.

Paris, 3. Mai.

Die Aufnahme der deutschen Vorschläge in London war nach französischen Berichten nicht günstig. Am ausführlichsten schreibt darüber die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“, die zwar in englischer Sprache erscheint, aber französischer ist als die Franzosen. Der Berichterstatter dieses Blattes sagt: „Die Arbeiter sind enttäuscht und niedergedrückt, weil sie davon überzeugt sind, daß die Berliner Vorschläge von Frankreich verworfen werden und der Streit im Ruhrgebiet weiter gehen muß.“ Der Londoner Mitarbeiter des „Petit Parisien“ will von einer offiziellen Persönlichkeit erfahren haben, daß die englische Regierung die Forderung einer unmittelbaren Räumung des Ruhrgebietes für unannehmbar halte. Auch bleibe das deutsche Angebot weit hinter dem britischen Plan vom Januar zurück (1). In Lausanne sollen die Türken durch die Einstimmigkeit der französischen Ablehnung unangenehm überrascht worden sein, aber die deutschen Vorschläge und die Antwort der französischen Regierung würde auf die Verhandlungen in Lausanne keinen ungesunden Eindruck ausüben. Es sei nach dem besten ungeschieden eine Wirkung ausüben. Es sei nach dem besten ungeschieden eine Wirkung ausüben. Es sei nach dem besten ungeschieden eine Wirkung ausüben. Alle diese Meldungen französischer Blätter sind natürlich tendenziös und müssen deshalb mit den Mitteilungen aus deutschen und neutralen Quellen verglichen werden. Die beiden amerikanischen Zeitungen, die in Paris erscheinen, „New York Herald“ und „Chicago Tribune“, erhalten von ihren Londoner Korrespondenten Mitteilungen, welche die englische Stimmung anders schildern wie die französischen Informationen. Nach beiden Meldungen ist man in London zwar von der französischen Ablehnung überzeugt, hält aber die deutsche Note für einen geeigneten Ausgangspunkt zu Verhandlungen.

Gemeinsame französisch-belgische Antwort?

Geplante Konferenz in Brüssel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 3. Mai.

Nur vor Beginn des Ministerrats wird erzählt, daß vielleicht am nächsten Montag eine Konferenz in Brüssel stattfinden werde, bei der die gemeinsame Antwort auf die deutsche Note festgestellt werden soll. Eine Entscheidung über diesen Gedanken wird aber erst in der Beratung der Minister getroffen werden. (Siehe auch Seite 2.)

müsse man erkennen, daß die Ruhrbesetzung „unvermeidlich und gerecht“ gewesen sei. Das ist die Meinung der ersten und bei weitem größten Gruppe der französischen Zeitungen. Diese Gruppe ist für bündige Ablehnung und rückwärtsgehende Fortsetzung der Ruhraktion. Die zweite Gruppe wird von den Zeitungen gebildet, welche das Angebot gleichfalls für unmöglich halten, aber eine ausführliche Darstellung des französischen Standpunktes wünschen und darüber hinaus eine Fortsetzung der Diskussion für nicht ganz ausichtslos ansehen. Die wichtigste Zeitung dieser Kategorie ist das „Petit Journal“ Loucheur's, das mit dem Rat schließt: „Je weniger uns das deutsche Angebot genügen kann, desto notwendiger ist eine Erklärung der Alliierten über das Minimum ihrer Forderungen. Eine solche bestimmte und einige Erklärung würde sofort eine Wirkung in Deutschland haben. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, werden wir später sagen.“ Loucheur gibt also die Hoffnung nicht auf, England zu gewinnen. Auch Henry Bidou in „Figaro“ scheint der Meinung zu sein, daß noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Er glaubt, aus der Note herauszulassen, daß sie ein Produkt politischer Kompromisse sei, in dem vielleicht nicht einmal die Ansicht der ganzen Regierung zu Worte kommt. Die „Journée industrielle“ findet den Vorschlag „unwesentlich“, schließt aber aus dem Ton der Note, daß die „deutsche Arroganz nachzulassen“ beginne. Die „ère Nouvelle“ sagt, die Vorschläge Deutschlands seien für Frankreich leider keine Zäunung, aber für die französischen Demokraten doch eine Enttäuschung gewesen. Das wichtigste Problem, die Garantieforderung, sei ungelöst. Der Egoismus der deutschen Bankiers und Großindustriellen verhindere brauchbare Garantien und mache dadurch die Vorschläge wertlos. Es handle sich jetzt darum, zu wissen, ob diese Note das erste oder das letzte Wort Berlins sei. Keine französische Regierung könne dieses Angebot annehmen, aber Frankreich dürfe die Note als eine Verhandlungsbasis betrachten, ohne ihr Projekt aufzugeben. Es wäre un diplomatisch, eine unbillige Antwort zu geben und jede weitere Unterhaltung abzulehnen. (6) Frankreich dem Reich mit einem „Nein“ antwortete, müßte es sicher sein, daß dieses „Nein“ auch von allen anderen Verbündeten ausgesprochen werde. Eine ganz ähnliche Meinung hat Robert de Jouvenel in „Leure“. Da dieses Blatt bisher am ehrlichsten für eine Politik der Mäßigung eintrat, wird es nicht ohne Interesse für die deutschen Anhänger einer Verständigung sein, zu vernehmen, was de Jouvenel als Minimum verlangt. Er schreibt: „Frankreich braucht für den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete eine Summe, die Poincaré

selbst auf 26 Milliarden berechnet hat. Die anderen Verbündeten, welche Zerstörungen erlitten haben (Belgien, Italien, Serbien, Rumänien) fordern Reparationen in der Höhe von 10 bis 14 Milliarden. Die Gesamtheit der Alliierten fordert eine Summe, die ungefähr dem Betrage gleichkommt, der als Rest von den amerikanischen Forderungen an Europa übrig bleibt; die Summe, welche Deutschland zahlen soll, kann also überhaupt nicht bestimmt werden, ohne daß die endgültigen Forderungen Amerikas bekannt sind, zugleich mit den Möglichkeiten, diese Forderungen gegen andere aufzurechnen. Es ist deshalb notwendig, daß eine internationale Beratung herbeigeführt wird, welche über die Schuldbüchse Deutschlands und die notwendigen Garantien entscheidet, denn die Garantien — das Wichtigste — fehlen in dem neuen deutschen Vorschlag ganz. Die deutschen Vorschläge sind ungenügend, ungeschickt und zum Teil unverständlich (1), können aber noch Gelegenheit zu der großen internationalen Besprechung geben, die sich nicht länger vermeiden läßt. Wir dürfen die endgültige Lösung nicht länger hinausschieben. Wir müssen endlich den Frieden organisieren.“ Nach diesem Artikel einer Zeitung und eines Mannes, die beide in den letzten Wochen Beweise von Mäßigung gegeben haben, wird man in Deutschland erkennen, daß leider auch dort der Eindruck der deutschen Vorschläge nicht günstig ist. Ich persönlich habe gestern von einem Abgeordneten, der eine Verständigung wünscht, gehört, daß die Note in den radikalsten und sozialistischen Kreisen der Kammer enttäuscht werde. Man merke dem Dokument an, daß es ein Kompromiß zwischen Nationalisten und der Sozialdemokratie sein solle. Aber es werde wahrscheinlich weder die Rechte noch die Linke in Deutschland voll befriedigen. Der Kanzler Wuno hätte aus Gründen der inneren Politik vielleicht nicht weiter gehen können, aber er habe sein Angebot doch mit allzu vielen Bedingungen belastet. Auch dieser Politiker bedauert das Fehlen einer klaren und bindenden Verpflichtung der deutschen Großindustriellen und der Banken, die zur Befriedigung des Mißtrauens gegen den deutschen Zahlungswillen sehr viel beigetragen haben würde. Die Zeitung „Le Quotidien“ schreibt: „Wir haben gegen die Haltung der französischen Regierung und ihre Presse protestiert, die jeden deutschen Vorschlag ablehnt, ohne ihn zu kennen. Heute müssen wir ebenso energisch gegen das Angebot des Reiches protestieren. Dieses Angebot ist ungenügend in seinen Ziffern und Garantien. Es ist Henckels und Wuns. Es soll nicht den Verhandlungen dienen, sondern der Propaganda.“